

FDP
Die Liberalen



ZÜRCHER FREISINN

Zürich	2/3/4/5/6/7/8	Rückblick DV Freiburg	12/13	Buch «Die Durcheinanderwelt»	19	Unter Freisinnigen	22
Page Romande	10	Seite der Präsidentin	18	Digitalisierung Schule	20	Tag der FDP 2017	24

69. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

Inhalt

Militär attraktiver gestalten

Der Milizgedanke sichert die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee und stärkt den nationalen Zusammenhalt. Zumal die Basis jedoch zunehmend erodiert, plädiert Nationalrat Marcel Dobler dafür, dass neue Modelle erdacht werden müssen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Seite 11

Energiestrategie 2050

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Die Vorlage enthält positive wie negative Aspekte. FDP.Die Liberalen hat sich vor einer kritischen Debatte nicht gescheut und nach intensiven internen Diskussionen schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Seiten 14 und 15

Perle aus dem Archiv

Wie sah die freisinnige Politik in der Vergangenheit aus? In einem Beitrag zeigen wir anhand der Bildungspolitik der 70er- und 80er-Jahren auf, welche Positionen die Freisinnigen schon vor rund 40 Jahren vertraten.

Seite 21

It's the economy, stupid!

In der öffentlichen Diskussion spielen derzeit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherheit kaum eine Rolle. Dominiert wird die Debatte vielmehr von Burka- und Redeverböten, einem nicht stattfindenden Leistungsabbau in der Bildung, dass man in der S-Bahn nicht immer einen Sitzplatz findet, wieweit Unispital und Universität wegen des Natur- und Heimatschutzes in ihrer Entwicklung beschränkt sind – und ob die nächsten Tauchferien nicht doch besser auf den Malediven statt im Sinai gebucht werden sollen.

Das ist nicht grundsätzlich falsch. Es sollten dabei aber zwei, drei grundlegende Punkte nicht vergessen gehen.

Als Erstes gilt es nüchtern festzuhalten, dass es uns allen gut geht, sehr gut sogar. Unser Wohlstand und die uns offenstehenden Möglichkeiten suchen ihresgleichen. Wir hatten die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise und die Eurokrise – und am Arbeitsplatz wird diskutiert, ob das neue iPhone besser sei als das neue Samsung. Vor diesem Hintergrund kann man leicht auf andere Sorgen kommen und die Wirtschaft vergessen.

Eine funktionierende Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands und unserer Problemlösungsfähigkeit

Der Wohlstand und die hohe Lebensqualität sind, Zweitens, nicht vom



Hans-Jakob Boesch

Himmel gefallen, und sie sind auch nicht selbstverständlich, wie ein Blick über die Grenzen unschwer zeigt. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer liberalen Wirtschaftsordnung und exzellenter Rahmenbedingungen, dank derer Unternehmer und Arbeitnehmer Mehrwert erarbeiten können. Das gilt nicht nur heute, sondern auch in Zukunft. Anstatt dieses Erfolgsrezept beizubehalten und zu verbessern, wird es aber mit Vorstössen wie der Krippesteuer und der Lohndumpingini-

tiative gefährdet. Teile der Gesellschaft meinen, es sei kein Problem, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verschlechtern, weil sie nicht (mehr) wissen, von wo unser Wohlstand kommt. Das ist höchst gefährlich und erinnert an den Mann, der den Ast absägt, auf dem er selbst sitzt. Wir müssen uns deshalb immer wieder in Erinnerung rufen, worauf der Erfolg der Schweiz basiert, und dass wir alle hierzu einen Beitrag leisten müssen.

Die eingangs genannten Probleme haben durchaus ihre Berechtigung. Sie zu lösen, gelingt aber nur, wenn, drittens, dank der florierenden Wirtschaft genügend finanzielle und personelle Ressourcen vorhanden sind und deren Innovationkraft neue Lösungsansätze

hervorbringt. Dies gilt auch für alle anderen Politikfelder. Ob Verkehrsinfrastruktur oder Kindergärten, ob Gesundheitsvorsorge oder Arbeitslosenversicherung, ob Renaturierung eines Baches oder Theateraufführung: Ohne eine funktionierende Wirtschaft ist schlicht das (Steuer-) Geld nicht da, um all das zu finanzieren. Wer solche und andere Projekte realisiert haben will, muss somit im

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

doppelten Sinne auf die Wirtschaft Rücksicht nehmen: Zum einen, weil von dort die Ressourcen kommen, und zum anderen, weil diese nur dann auch zukünftig zur Verfügung stehen, wenn solche Projekte die Wirtschaftsleistung nicht gefährden. Die «Reform» AHV2020 zeigt exemplarisch, dass dies heute leider allzu oft ignoriert wird: Zwar tut eine Sanierung der Altersvorsorge angesichts der demografischen Entwicklung dringend not, aber die nun zur Abstimmung kommende Vorlage führt zu einer Mehrbelastung der jungen Arbeitnehmenden und zerstört so den Wohlstand der jüngeren Generationen. Wir brauchen stattdessen eine nachhaltige Politik, die eine Wohlstandsmehrung auch in Zukunft zulässt.

Auch das persönliche Wohlergehen basiert auf einer gesunden Wirtschaft

Was im Grossen gilt, gilt, viertens, auch im Kleinen: Unser persönliches Wohlergehen – die geräumige Fünfstückerwohnung, drei Monate unbezahlten Urlaub für eine Weltreise, der Ayurveda-Do-it-yourself-Heilkurs – hängt direkt davon ab, dass wir eine gutbezahlte Stelle haben und die Steuerbelastung tief ist. Beides ist nur in einer liberalen Wirtschaft zu haben, in der Unternehmer bereit sind, zu investieren und so neue Arbeitsplätze, unsere Arbeitsplätze, zu schaffen und Steuern zu bezahlen.

Für die Wirtschaft einzustehen, mag derzeit nicht im Trend liegen. Dass die Leute sich heute aber über alles andere Gedanken machen können nur nicht über die Wirtschaft, ist nur deshalb möglich, weil wir von der FDP uns immer für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort Schweiz eingesetzt haben – Trend hin oder her. Und wir werden dies auch in der Zukunft tun. Denn wir haben trotz des Erfolges nicht vergessen, dass das Rückgrat unseres Wohlstands und unserer Freiheit eine liberale Wirtschaftsordnung ist: It's the economy, stupid!

Wirtschaft und damit auch Wirtschaftspolitik weisen ganz verschiedene Facetten auf. In einigen weiteren Artikeln des vorliegenden «Zürcher Freisinns» wird das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln vertieft betrachtet:

- Die Kantonsratsfraktion über die Finanzpolitik;
- Die Stadtpartei Winterthur über die wirtschaftlichen Herausforderungen in Städten;
- Und die Bezirkspartei Dielsdorf und die Ortspartei Uster über den fruchtbaren Austausch zwischen der FDP und lokalen Unternehmen;
- Die FDP Frauen Kanton Zürich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- Die JFZ über das Steuersystem und ihre Mittelstandsinitiative.

Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident

Parolen und Termine der FDP Kanton Zürich

Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 21. Mai 2017

Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG	JA
Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG	JA
Volksinitiative Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule	NEIN

Termine

23. Mai 2017, 19.00 Uhr:
Ordentliche Delegiertenversammlung bei PWC in Zürich Oerlikon

15. Juni 2017, 19.30 Uhr:
Orts- und Bezirksparteipräsidien-Konferenz, Zürich



KEINE ABSCHAFFUNG VON FRÜH-«English»

STIMMEN SIE AM 21. MAI NEIN!



Fitte Spitäler – zum Wohle der Patienten
Winterthurer Spitalvorlagen
2 x JA

- Jetzt handeln und KSW und ipw für die Zukunft fit machen
- Schon heute sind die meisten Schweizer Spitäler AGs
- Fitte Spitäler nützen den Patientinnen und Patienten
- Grundversorgung ist durch den Kanton garantiert
- Gleich lange Spiesse für alle Zürcher Spitäler
- Parlament und Volk haben immer das letzte Wort

Zürcher Komitee Pro KSW und ipw, Stauffacherstrasse 16, 8004 Zürich www.fittespitaeler.ch | Abstimmung 21.05.2017

Wie erfolgt der Rückbau eines Kernkraftwerks?

«Geologie ist vorhersehbarer als Gesellschaft»

Bernhard Schneider

Die Energiekommission der FDP des Kantons Zürich hat den Verantwortlichen für den Rückbau des Kernkraftwerks Mühleberg, Philipp Hänggi, am 7. Februar eingeladen, um das Grossprojekt vorzustellen. Der promovierte Physiker zeigte auf, dass physikalische und ökonomische Fragen gelöst werden müssen, keine ideologischen.

Die BKW hat Ende 2013 entschieden, das Kernkraftwerk Mühleberg aus unternehmerischen Gründen zurückzubauen. Damit hat der bernische Stromversorger das umfangreichste Projekt seit dem Bau dieser Anlage lanciert. «Da es sich um das erste Projekt dieser Art in der Schweiz handelt,



Bernhard Schneider

ist die Entwicklung von entsprechendem Know-how gefragt», hielt Hänggi fest. Der Prozess bis zum vollständigen Rückbau von Mühleberg dauert drei Jahrzehnte und kostet 2,2 Milliarden Franken. Diese Summe ist mit den heutigen Rückstellungen finanziert, falls eine durchschnittliche Netto-Rendite von zwei Prozent erzielt werden kann.

Bis 2031 wird das Gebäude dekontaminiert. Der radioaktive Abfall wird provisorisch im Zwischenlager in Würenlingen deponiert. Für die definitive Lagerung ist jedoch ein geologisches Tiefenlager erforderlich. Dazu Philipp Hänggi: «Geologisch und technisch ist das Tiefenlager für radioaktive Abfälle gelöst, politisch hingegen nicht.»

Die Diskussion vertiefte die Tiefenlager-Problematik: Das Zwischenlager ist sehr teuer, weil es viel mehr Sicherheitspersonal erfordert als ein

Tiefenlager. Generell gab Hänggi zur Lagerungsproblematik zu bedenken: «Die Geologie ist einfacher vorhersehbar als die Gesellschaft.»

Die ausgiebigen Gespräche beim anschliessenden Apéro zeigten, dass die Thematik relevant ist. Der Präsident der Energiekommission, Olivier Hofmann, bilanzierte: «Unabhängig davon, ob in der Schweiz einmal neue Kernkraftwerke gebaut werden oder nicht, müssen wir sicherstellen, dass die radioaktiven Abfälle sicher gelagert werden können. Eine Lagerung an der Oberfläche ist keine Option, da die Abfälle hier mit grossem Aufwand bewacht werden müssen. Dies kann weder finanziert noch ewig sichergestellt werden. Ein Tiefenlager ist zwingend.»

Winterthurer Spitalvorlagen

Handlungsfähige Spitäler nützen den Patienten

Am 21. Mai stimmen wir über die Verselbstständigung des Kantonsspitals Winterthur und der Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ab. Ein doppeltes Ja zur Entstaatlichung der Spitäler macht diese fit für die Zukunft.

Nadja Galliker, Kantonsrätin

Mit Inkrafttreten des neuen Krankenversicherungsgesetzes haben sich die Rahmenbedingungen im Spitalwesen grundlegend geändert. Die Patientinnen und Patienten können ihr Spital frei wählen, und die Finanzierung erfolgt über Fallpauschalen. Seither hat der Wettbewerb unter den Spitälern stark zugenommen – sowohl um Patienten als auch um qualifiziertes Ärzte- und Pflegefachpersonal.

Um sich in diesem Wettbewerb behaupten zu können, brauchen Spitäler maximalen unternehmerischen Handlungsspielraum. In Zukunft werden sich innovative Spitäler durchsetzen, welche ihren Patienten medizinische Top-Leistungen kostengünstig anbieten können und gleichzeitig attraktive Arbeitgeber sind. Vor diesem Hinter-

grund ist die Verselbstständigung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) eine Notwendigkeit.

Spitäler brauchen Flexibilität

KSW und ipw sind heute die einzigen nichtuniversitären Spitäler, die dem Kanton gehören. Dies ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Einerseits befindet sich der Kanton in einem Rollenkonflikt: Er erteilt den Spitälern, die er selbst betreibt, Leistungsaufträge und überwacht sie zugleich. In einem fairen Wettbewerb darf der Kanton nicht gleichzeitig Spieler und Schiedsrichter sein. Andererseits bremsen die starren Verwaltungsstrukturen die Innovationskraft beider Spitäler: Die Personalrelemente sind veraltet, dringend not-



Nadja Galliker

wendige Bauprojekte werden wegen bürokratischer Hürden verzögert. Als AGs könnten KSW und ipw wichtige Projekte rascher realisieren und flexi-

bel auf neue Patienten- und Personalbedürfnisse reagieren.

AG ist der Normalfall

Heute sind die meisten Spitäler privatrechtlich organisiert. Auch im Kanton Zürich wurden bereits mehrere Spitäler in eine AG überführt – darunter das Spital Bülach, an dem ich selbst tätig gewesen bin. Die Spital Bülach AG steht heute hervorragend da und ist ein guter und wichtiger Leistungserbringer, auch im Bereich der Grundversorgung.

Es gibt keinen Grund, warum das KSW und die ipw in der Hand des Kantons bleiben sollen. Regierung, Gesundheitsdirektion und Parlament unterstützen deshalb die Verselbstständigung.

Sagen auch Sie am 21. Mai zweimal Ja zu KSW AG und ipw AG.

Aus der Fraktion

Wirtschaftspolitik der Kantonsratsfraktion

Thomas Vogel, Kantonsrat und Fraktionspräsident
Peter Vollenweider, Kantonsrat und Vize-Fraktionspräsident

Die Möglichkeiten des Kantons, seine Wirtschaftspolitik selbst zu steuern, sind erheblich. Seitens Regierungsrat tut dies die Volkswirtschaftsdirektorin, seitens Kantonsrat die FDP-Kantonsratsfraktion. Die FDP setzt sich für «günstige Rahmenbedingungen» für die Wirtschaft ein. Aber was sind denn diese günstigen Rahmenbedingungen, für welche die Kantonsratsfraktion Montag für Montag eintritt und kämpft? Dafür zu sorgen, dass Unternehmen im Kanton Zürich möglichst frei, vom Staat nicht behindert, ihren Geschäften nachgehen können.

Erfolgreiche Firmen schaffen Arbeitsplätze, dank denen Menschen einen Verdienst haben und Steuern zahlen können – zugunsten der Allgemeinheit. Diese privatwirtschaftlichen Aktivitäten setzen letztlich viele sozialpolitische Anliegen um. Was tut die Fraktion konkret, um diesem Ideal gerecht zu werden?

Gegen Überregulierung

Im Kampf gegen Überregulierung ist es uns u. a. gelungen, die sog. «Sunset Legislation», also die Befristung von Gesetzen, endlich im Kantonsrat «salonfähig» zu machen. Noch wirksamer ist es aber, wo nicht zwingend notwendig, gar kein Gesetz zu machen, wie beispielsweise beim von der Fraktion abgelehnten Statistikgesetz. Daneben geht es aber auch darum, Bewilligungsverfahren aller Art, insbesondere im Bereich Bau- und Arbeitsbewilligungen, zu vereinfachen, zu beschleunigen und zu vereinheitlichen. Daher sollen z. B. die Arbeitsinspektorate im Kanton fusioniert werden.

Dem Fachkräftemangel entgegentreten

Von grosser Bedeutung für die Frak-



Thomas Vogel

tion ist zurzeit das Erarbeiten von Strategien, wie dem Fachkräftemangel aufgrund der Kontingentierung des Bundes zu begegnen ist. Firmen wie Google (und andere) kommen nicht nach Zürich, wenn das notwendige Personal nicht gefunden werden kann. Ohne geeignetes Personal nützt dann auch unser liberales Arbeitsrecht wenig. Exzellente Bildungseinrichtungen sind eine Grundvoraussetzung. Sie brauchen Platz (Gebietsplanung Hochschulquartier) und sollen finanziell neue Wege beschreiten können (mehr Drittmittel).

Steuerliche Belastung reduzieren

Weiter gilt es, das Augenmerk auf die steuerliche Belastung der Firmen zu legen – hier wird von entscheidender Bedeutung sein, wie sich der Kanton Zürich seinen steuerrechtlichen «Instrumentenkoffer» im Rahmen der neuen Unternehmenssteuervorlage einrichtet. Dabei ist der Kanton nicht zurück auf Feld 0, denn er wird aufgrund seiner Firmenstruktur auch in einer künftigen kantonalen Vorlage das volle Instrumentarium einsetzen wollen und müssen. Dieses braucht dann, sollte die Abstimmung auf Stu-



Peter Vollenweider

fe Bund in einem zweiten Umgang gewonnen werden, von Kantonsrat und vom Volk die Zustimmung.

Aber neben der steuerlichen Belastung der Unternehmen selbst ist auch diejenige der Unternehmerinnen und Unternehmer nicht zu vergessen – der Kampf gegen zu hohe Progression in der Einkommens- und Vermögenssteuer tut deshalb not, genauso wie bei der im Kanton Zürich völlig unverhältnismässigen Besteuerung des Pensionskassenkapital-Guthabens.

Infrastruktur sicherstellen

Wirtschaftspolitik ist auch Verkehrsinfrastrukturpolitik, zu Luft, auf der Strasse und auf der Schiene. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens Kloten als Infrastruktur von allergrösster Bedeutung zu gewährleisten und interessante Optionen mit der privaten Aviatik auf dem Flugplatz Dübendorf zu prüfen, ist das Gebot der Stunde. Die Revision des sich zurzeit in Beratung in der kantonsrätlichen Kommission befindlichen Strassengesetzes wurde von der Fraktion angestossen und soll ein flüssiges Fortkommen im Kanton im Bereich des motorisierten Individual- und

Wirtschaftsverkehrs sichern. In beiden Themen ist die Fraktion federführend.

Gesunde Kantonsfinanzen

Weiteres Augenmerk der Fraktion gilt der Stabilität und Gesundheit der Finanzen im Kanton Zürich. Hier verbucht die Fraktion, zusammen mit den bürgerlichen Partnern, seit vielen Jahren insofern Erfolge, als Budget und Finanzplan Jahr für Jahr in ihrem Sinne ausfallen. Im kantonalen Parlament ist es dank der bürgerlichen Mehrheit glücklicherweise nicht möglich, dass sich die Linke aufführt, als stünde im Keller der Finanzdirektion eine Gelddruckmaschine. Sparen um des Sparens Willen ist kein politisches Konzept – wer anderes behauptet, polemisiert.

Gesunde Staatsfinanzen sind deshalb so wichtig, weil jeder Franken, welchen der Staat einnimmt, von jemandem verdient werden musste. Es geht nicht an, den Einwohnerinnen und Einwohnern Geld für Unsinniges, Ineffizientes oder lediglich Wünschbares aus der Tasche zu ziehen. Und noch weniger geht es an, Mehreinnahmen zu fordern, bevor man sich redlich bemüht hat, Minderausgaben zu produzieren. Freisinnige wollen einen starken Staat dort, wo er sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Dies bedeutet, dass Kernaufgaben zu definieren sind sowie die Standards von deren Erfüllung. Das hätte sich die Kantonsratsfraktion auch von LÜ16 gewünscht – herauskommen ist ein relativ gewöhnliches Sparpaket, leider verschlimmbessert durch das Abschieben von Lasten auf die Gemeinden sowie dem «No-Go» von neuen Steuern und anderen Einnahmequellen.

Freisinnige Wirtschaftspolitik bedingt insbesondere, die Bedürfnisse der Wirtschaft zu kennen. Dem regelmässigen Austausch von Wirtschaft und Fraktion wird deshalb grösste Bedeutung beigemessen – und wird es auch in Zukunft.

Nein zur Abschaffung von Frühenglisch am 21. Mai 2017

Nein zur Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule»

Die Initiative greift drei klare, wegweisende bildungspolitische Volksentscheide der letzten 10 Jahre an und gefährdet die Massnahmen zur Qualitätsverbesserung der Volksschule als Ganzes. Deshalb lehnten die Delegiertenversammlung und die Kantonsratsfraktion die Initiative ebenso klar ab wie der Regierungs- und der Kantonsrat. Bereits 2006 wurde eine ähnliche Volksinitiative deutlich verworfen. Ein Ja würde das Aus für Englisch in der Primarschule bedeuten, just der Fremdsprache, die Kinder, Eltern und Lehrpersonen bevorzugen – ein Schildbürgerstreich sondergleichen.

Cäcilia Hänni,
Kantonsrätin

Die FDP kämpfte vor Jahren für die Einführung von Englisch in der Primarschule, weil sie überzeugt war und ist, dass Englisch für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich essenziell ist – und zwar auf allen Bildungsstufen und in allen Berufen. Daran hat sich nichts geändert. Die Initiative widerspricht gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen in unserem Kanton. Ein Ja hätte gravierende Folgen für die weitere Entwicklung der Volksschule und würde alle Umsetzungsmassnahmen zu den drei Volksentscheiden in Frage stellen; investierte Steuergelder in hoher zweistelliger Millionenhöhe würden weggeworfen. Die Folge wären erneute unabhärbare Wirren und Unwägbarkeiten für das Volksschulwesen. Dies kann weder im Interesse der Kinder und der Eltern noch der Lehrpersonen oder der Steuerzahlenden sein.

Die Argumente der Initianten überzeugen nicht. Die grosse Mehrheit der Kinder ist mit zwei Fremdsprachen nicht überfordert; Defizite Einzelner dürfen nicht mit einer Reduktion des Schul-

**KEINE ABSCHAFFUNG
VON FRÜH-«English»**



**STIMMEN SIE AM 21. MAI
NEIN!**

stoffes für alle beantwortet werden. Ab ca. 12 Jahren lernen Kinder analytischer und damit rascher; das gilt aber für alle Fächer. Offenkundig ist auch, dass der Unterricht stets verbessert werden kann; daran gilt es zu arbeiten. Eine Verlagerung von Englisch auf die Oberstufe wäre aber konzeptlos und würde die vom Bildungsrat (in Zusammenarbeit und mit der Zustimmung der Lehrerschaft, der meisten politischen Parteien und vieler weiterer Interessengruppen) beschlossene Stundentafel der Primar- und Sekundarschule über Bord werfen. Insgesamt würde damit ein Qualitätsabbau bewirkt statt eine Stärkung der Volksschule. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

Deshalb sagen auch Sie Nein zu dieser Volksinitiative.

www.nein-zur-abschaffung-von-fruehenglisch.ch

Jubiläum 125 Jahre FDP Stadt Zürich

Severin Pflüger,
Präsident FDP Stadt Zürich

Die FDP der Stadt Zürich wird dieses Jahr 125 Jahre alt. Damals fand die erste Eingemeindung statt, und es war für die freisinnigen Kräfte Anlass, sich stärker zu organisieren und als Verein zu konstituieren. Dies nicht zuletzt, um sich gegenüber anderen, strikt und schlagkräftig organisierten politischen Parteien (den Linken und den Konservativen) behaupten zu können.

Damals wie heute rekrutiert die FDP ihre Mitglieder aus der Mitte der Gesellschaft. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zeitlose Werte, die unsere Basis bilden. Wir stellen den Menschen und seine Bedürfnisse ins Zentrum unserer Betrachtungen. Wir geben ihm den Raum, sich zu verwirklichen. Von ihm wird verlangt, die Verantwortung für sich selbst, seine Nächsten und das Ganze zu tragen.



Severin Pflüger

Nur dort, wo der Staat mehr erreichen kann als die private Initiative, soll der Staat handeln. Das ist keine liberale Sonntagspredigt, sondern gelebte Praxis. Für die anstehenden Fragen der Stadt Zürich bedeutet es das Folgende:

1. Der heutigen städtischen Wohnbaupolitik, die über eine rigorose Bau- und Zonenordnung eine Verdichtung bewusst bremst und jährlich mit Millionen Franken Wohnungen für einige

Privilegierte vergünstigt, erteilen wir eine klare Abfuhr. Günstigen Wohnraum schafft man in einer urbanen Umgebung nur, wenn man gezielt verdichtet, den Bau von neuen Wohnungen nicht behindert, sondern ermöglicht und bürokratische Hürden abbaut.

2. Gleichzeitig sind der öffentliche Aussenraum und die Verkehrsinfrastruktur entsprechend an die erhöhte Nutzung anzupassen und attraktiv zu gestalten. Zum Leben gehört auch Mobilität. Der heutigen städtischen Politik, die überall im Verkehr die Kapazitäten verknappt, können wir daher nicht folgen. Das konsequente Setzen auf den öffentlichen Verkehr muss nicht zwingend zu Lasten anderer Verkehrsträger gehen. Ein Nebeneinander ist auch in einer dichten und urban geprägten Stadt möglich.

3. Nicht die Schule soll vorgeben, wie sich die Eltern beruflich und privat organisieren, sondern sie soll ver-

schiedene Lebensentwürfe ermöglichen. Das heutige Hortsystem wurde ursprünglich darauf ausgerichtet, dass wenige Kinder jeden Mittag auswärts betreut werden. Die Bedürfnisse haben sich aber fundamental geändert. Mehr als 70 Prozent der Kinder werden heute ausserfamiliär betreut, und dies nicht die ganze Woche, sondern je nach den beruflichen Erfordernissen an unterschiedlichen Tagen. Die richtige Antwort darauf ist nicht ein träges Hortsystem, sondern das von uns als Erste geforderte Tagesschulsystem mit der Möglichkeit, sich jederzeit abzumelden.

Wir wollen Freiräume für die Entfaltung des Einzelnen, der Familie und der Gesellschaft schaffen und erhalten. Nicht alles muss reglementiert sein. Nicht alles muss kontrolliert sein. Das Vertrauen in das Gegenüber und nicht das Misstrauen gegen alles sollte die Maxime des Handelns sein.

Städte müssen ihre Attraktivität steigern

Dieter Kläy,
Präsident FDP Winterthur

Das Leistungsüberprüfungspaket «Lü 16» des Kantons Zürich wird bei vollständiger Umsetzung für die Stadt Winterthur Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen von ein paar Millionen Franken zur Folge haben. An der Notwendigkeit des Sparpakets des Kantons ändert das nichts. Im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung, die Stadt Winterthur hänge finanziell nur am Tropf des Kantons, hat der seit 2014 amtierende bürgerliche Stadtrat erfolgreich Sanierungsmassnahmen umgesetzt und realisiert jährlich Einsparungen von rund 50 Millionen Franken.

Entscheidend wird sein, was die langfristige Perspektive ist. Diese Frage stellt sich nicht nur für Winterthur, sondern für alle Städte, die mit wach-



Dieter Kläy

senden Sozialausgaben konfrontiert sind und den finanziellen Druck des Kantons spüren. Die Antwort kann nur in einer langfristig ausgerichteten, attraktiven und wirtschaftsfreundlichen Stadtentwicklung mit mehr Wohnraum für gute Steuerzahlende und weniger Verboten und Regulierungen wie beispielsweise einschränkende Parkplatzverordnungen, kom-

plizierte und langwierige Baubewilligungsverfahren, hohe Gebühren und andere Hindernisse aller Art für Investitionswillige und das Gewerbe liegen.

Die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat arbeitet seit Jahren hartnäckig und erfolgreich an der Verbesserung der wirtschaftlichen Standortfaktoren Winterthurs. Anfang 2017 intensivierte sie ihr Engagement und reichte ein sechsteiliges Vorstosspaket mit dem Ziel einer Stärkung der Kulturstadt Winterthur ein. Eine bessere Vermarktung der vielfältigen Winterthurer Kultur und die Schaffung einer Kulturmeile bringen mehr Touristen, wovon wiederum das lokale Gewerbe profitiert. Ende März doppelte die Fraktion mit einem Wirtschafts- und Bildungspaket nach. Wie bei der Kultur beinhaltet das neue Vorstosspaket Fragen zu den mittel- und langfristi-

gen Zielen des Stadtrates, den dazugehörigen Strategien und den entsprechenden Massnahmen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf eine ausgewogene Gewichtung der Themen gelegt. Während ein Postulat die konsequente Weiterentwicklung der Bildungsstadt Winterthur zum «Campus Winterthur» fordert, werden in mehreren Postulaten Themen wie «One Stop Shop», Erweiterung des Standortmarketings auf BRICS-Staaten oder die Bedeutung der Studierenden für Winterthurs Entwicklung lanciert. Winterthur hat als Kultur-, Bildungs- und Werkplatz viel zu bieten und ist über die Landesgrenzen hinaus attraktiv. Dies wiederum verspricht wirtschaftliche Impulse für das lokale und regionale Gewerbe und ist Grundlage für attraktive Lebensbedingungen und langfristig ein höheres Steuersubstrat.

FDP Bezirk Dielsdorf

Gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Ann Barbara Franzen,
Kantonsrätin, Präsidentin
FDP Bezirk Dielsdorf

Die Bezirkspartei Dielsdorf pflegt eine intensive Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft. Unser Bezirk umfasst heute noch 22 Gemeinden, davon ländlich geprägte Kleinstgemeinden wie Bachs und eher städtisch orientierte, in den letzten Jahrzehnten auch stark industriell gewachsene Gemeinden wie Regensdorf. Daneben sind in unserem Bezirk Traditionsunternehmen wie die Firma Eberhard Bau AG in Oberglatt, die Kaba in Rümlang (seit 2015 Kaba Dorma) oder die Firma Bucher Industries AG in Niederwenin-

gen angesiedelt, um nur einige zu nennen. Alle bringen Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten und Steuersubstrat in unsere Gemeinden.

Mit ansässigen Firmen einen guten Austausch zu halten, ist Tradition, sei es über die Ortsparteien oder über die Bezirkspartei. Die Bezirkspartei setzte sich zum Ziel, jährlich einen Anlass für die Mitglieder bei einer lokalen Firma zu organisieren. So möchte sie den Mitgliedern die von Zug- oder Autofahrt her bekannten Gebäude als Unternehmen mit Geschichte und Vision näherbringen. Bevölkerung und Politik – meist dürfen wir auch National- und Ständeräte begrüßen – sollen unsere geschätzten Partner

aus der Wirtschaft besser kennenlernen. Daher sind die meisten unserer Anlässe für das breite Publikum offen. Gemeinsam mit Bucher Industries AG durften wir beispielsweise im Rahmen des National- und Ständeratswahlkampfes 2015 einen Anlass mit Ruedi Noser organisieren. Bucher öffnete die grosse, museal wirkende Traktorenhalle mit ihren neusten Produkten für ein Referat zum Werkplatz Schweiz von Ruedi Noser, gefolgt von einem Rundgang durch die Produktionshallen. Der Rundgang und der abschliessende Imbiss gaben Gelegenheit zu Gesprächen mit Firmenmitarbeitenden vom Lehrling bis zum Geschäftsleitungsmitglied. Im Januar dieses

Jahres folgte bei Bucher Industries eine Veranstaltung zur USTR-III-Abstimmung und im Herbst planen wir im Hinblick auf eidgenössische Abstimmungen einen Anlass bei einer weiteren Traditionsfirma, zu welchem wir als Gast Nationalrat Hans-Ulrich Bigler begrüsst werden.

Die unter dem Jahr sorgsam gepflegte Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft und des Gewerbes ermöglicht immer wieder spannende Anlässe und für beide Seiten wertvolle Begegnungen. Es ist an uns, für die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen und Verständnis für den Werkplatz Schweiz zu schaffen. Dafür bieten unsere Anlässe die beste Gelegenheit.

FDP Ortspartei Uster

Vom Ende der Fahnenstange

Marc Thalmann,
Präsident FDP Uster

Die wirtschaftspolitischen Parteiimages werden national oder kantonale geprägt. Von diesen können die Ortsparteien profitieren oder nicht. Die vergangenen nationalen Abstimmungen zeigten, dass wirtschaftsfreundliche Vorlagen es schwer haben, Mehrheiten zu finden.

Die Ortsparteien bewegen sich gewissermassen am Ende der wirtschaftspolitischen Fahnenstange. Was bleibt einer Ortspartei, um sich als lokale Wirtschaftspartei zu positionieren? Natürlich ist das ortsspezifisch unterschiedlich. Inhaltlich sind es die gleichen Themenfelder wie auf den übergeordneten föderalen Ebenen: Steuern und Raumplanung.

In Uster schlägt sich unsere Gemeinderatsfraktion alljährlich mit der linksgrünen Forderung nach einer Steuererhöhung herum, was aufgrund der fragmentierten Mitte im Ustermer Parlament immer mit einer Unsicherheit verbunden ist. Dank guter Leitung der städtischen Finanzabteilung



Marc Thalmann

unter freisinniger Führung, und entsprechendem Lobbying im Parlament, konnte dieses Begehren bisher verhindert werden.

Uster stehen in den nächsten Jahren grosse städtebauliche Entwicklungen bevor. Die FDP Uster setzt sich dafür

ein, dass in den Gestaltungsplänen dem Gewerbe genügend Platz zur Verfügung gestellt und der Attraktivität und Zugänglichkeit der öffentlichen Räume grosse Beachtung geschenkt wird, damit sich nicht – wie in Zürich – «Münsterplatzsituationen» ergeben.

Die Partei bemüht sich ständig, die Anliegen der ortsansässigen Gewerbetreibenden aufzunehmen und abzuholen. Parteiversammlungen finden mehrheitlich in Räumlichkeiten von Ustermer Firmen statt. So wird der direkte Austausch gepflegt. Zudem bestehen zum Wirtschaftsforum Uster enge Beziehungen, welche insbesondere bei Abstimmungsvorlagen hilfreich sind und auch Wirkung zeigen.

Die Ortspartei sieht sich aber dennoch dem Vorwurf ausgesetzt, zu wenig für das örtliche Gewerbe zu unternehmen. Wobei diese Klagen meist auf der abstrakten Ebene bleiben. Konkrete Forderungen von Seiten der Gewerbetreibenden, wie zuletzt bei der Parkplatzverordnung, werden leider nur selten gestellt. Daher bleibt der regelmässige Austausch wichtig, um aufkommende Themen rechtzeitig zu erkennen und in den politischen Prozess aufnehmen zu können. Und um als lokale Wirtschaftspartei wahrgenommen zu werden und nicht bloss als örtliche Fahnenträgerin bei nationalen und kantonalen wirtschaftspolitischen Abstimmungen.

FDP Frauen Kanton Zürich

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – alle sind gefordert!

Die Thematik liegt – auch vor dem Hintergrund der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der Fachkräfteinitiative des Bundes – in aller Munde. Was ist zu tun?

Pia Guggenbühl, Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich

Andere Länder in Europa kennen bis zu drei Jahre Erziehungsurlaub inklusive Arbeitsplatzgarantie, Elterngeld und das Recht auf Teilzeitarbeit. «Toll, wollen wir auch!», ist man versucht zu rufen ... doch was bringen diese Massnahmen? Sind sie für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sinnvoll? Und vor allem: Wer soll das bezahlen?

Die FDP Frauen des Kantons Zürich wollen den Hebel dort ansetzen, wo der grösste Effekt erzielt werden kann: Seit vielen Jahren setzen wir uns für Tagesschulen und Tagesstrukturen ein, welche beiden Eltern den Verbleib



Pia Guggenbühl

im Erwerbsleben ermöglichen (siehe auch das aktuelle Bulletin der FDP Frauen Kanton Zürich). Doch nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft ist gefordert.

Bereits heute unternehmen die Firmen aus eigener Kraft viel. Als wich-

tigster Arbeitgeber sind die Banken am Finanzplatz Zürich zu erwähnen: 66 Prozent der Banken in der Schweiz bieten flexible Arbeitszeiten an (zumal rund ein Drittel der Mitarbeitenden Kinder unter 15 Jahren hat), fast 20 Prozent der Banken bieten reservierte Plätze in Krippen an, 5 Prozent verfügen sogar über hauseigene Krippen.

Solche Engagements sind wichtige Differenzierungsmerkmale der Firmen im «War for best talents». Auch ermöglichen im Dienstleistungssektor immer mehr Unternehmen ihren Mitarbeitenden flexible Arbeitsformen dank Digitalisierung, Teilzeit- und Shared Jobs sowie Home Office. In der Folge hat die Zahl der Teilzeitmitarbeitenden sowohl bei Frauen wie

auch bei Männern stark zugenommen und ist gemäss dem Bundesamt für Statistik seit 2011 um 12 Prozent gestiegen, in Vorgesetztenfunktionen sogar um 24 Prozent.

Wir Frauen müssen aber auch (selbst)kritisch sein: Viele Paare wünschen sich nach wie vor die traditionelle Rollenteilung. Das liberale Prinzip hat zu gelten, dass jede und jeder das Leben entlang der eigenen Vorstellungen und Möglichkeiten gestalten kann. Doch auch diese Freiheit hat eben Grenzen, wenn an Universitäten und Hochschulen teuer ausgebildete Frauen im Erwerbsleben fehlen. Dann muss frau sich einmal grundsätzliche Gedanken über den Wert unserer Bildung machen ...

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Mittelstandsinitiative jetzt unterzeichnen!

Christoph Baumann, Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Seit dem 17. Februar 2017 sammeln die Jungfreisinnigen Kanton Zürich Unterschriften für tiefere Einkommenssteuern im Kanton Zürich. Unter dem Slogan «Meh Stutz für Alli» ist die Mittelstandsinitiative gut angelaufen und erfährt Rückhalt aus weiten Teilen der Bevölkerung. Jedoch müssen wir bis Mitte Jahr die notwendigen 6000 Unterschriften sammeln und hoffen dabei auf Ihre Unterstützung. In der Beilage dieser Ausgabe des «Zürcher Freisinn» erhalten Sie einen Unterschriftenbogen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesen mit Ihren Freunden und Bekannten unterschreiben



und damit unser Anliegen unterstützen könnten.

Worum geht es bei der Mittelstandsinitiative?

Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich setzen sich für eine Senkung der Steuern für natürliche Personen ein. An der Delegiertenversammlung der FDP Kanton Zürich vom vergangenen Ok-

tober haben sich die Delegierten ohne Gegenstimme für die Unterstützung dieses unliberalen Anliegens ausgesprochen. Die Initiative will den Mittelstand um durchschnittlich 15 Prozent entlasten und die oberste Progressionsstufe (13er) abschaffen. So profitieren sämtliche Einkommenskategorien von einer Steuersenkung. Im Hinblick auf das Gesamtbudget der Kantons- und Gemeindefinanzen macht diese Senkung einen zu vernachlässigenden Effekt aus. Im Gegenzug profitieren jedoch alle Bürgerinnen und Bürger des Kantons, und die Attraktivität unseres Kantons kann so gesteigert werden.

Neben der FDP wird die Initiative auch von namhaften Vertretern aus

anderen bürgerlichen Parteien unterstützt.

Wie können Sie uns unterstützen?

Als Beilage zu dieser Ausgabe finden Sie einen Unterschriftenbogen und ein ausführlicheres Argumentarium zu unserer Initiative. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesen Bogen mit Ihren Freunden und Bekannten unterschreiben würden und an uns retournieren könnten. Auf einem Bogen dürfen nur Personen aus der gleichen politischen Gemeinde unterschreiben. Der Unterschriftenbogen ist mit einer Geschäftsantwortsendung versehen und kann ohne Frankierung einfach in den nächsten Briefkasten eingeworfen werden. Wichtig: bitte den Bogen nicht abtrennen!! Nur wenn der vollständige Bogen bei uns eintrifft, ist Ihre Unterschrift gültig.